



An den Grossen Rat

24.5160.02

PD/P245160

Basel, 3. Juni 2026

Regierungsratsbeschluss vom 2. Juni 2026

Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend «öffentliche Aufarbeitung der Geschichte illegalisierter migrantischen Familien mit Saisonier- und Jahresaufenthaltsstatut in Basel»

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 12. Juni 2024 den nachstehenden Anzug Amina Trevisan und Konsorten dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

«Das 1934 eingeführte Saisonierstatut erlaubte es den Gastarbeiter:innen aus Südeuropa, neun Monate pro Jahr in der Schweiz zu leben. Ihr Aufenthaltsrecht war direkt an eine bewilligte Tätigkeit auf dem Arbeitsmarkt gekoppelt. Viele dieser Arbeitsplätze waren auch im Kanton Basel-Stadt. Kinder von Gastarbeiter:innen durften nur während einiger Monaten als Besuchende bei ihnen sein. Das führte zu leidvollen Trennungen: Die Kinder italienischer, spanischer, portugiesischer, ex-jugoslawischer und türkischer Eltern mussten entweder in ihrem Herkunftsland bleiben oder versteckt vor den Behörden in der Schweiz leben – weil ihnen die Schweiz keine andere Wahl liess. Ab den 70er Jahren wurde der Familiennachzug sukzessive erlaubt, wenn Saisoniers mittlerweile im Besitz einer Jahresaufenthaltsbewilligung B waren und nur, wenn es entsprechende bilaterale Abkommen mit den Herkunftsländern gab. Erst 2002 wurde das Saisonierstatut abgeschafft.

Laut der im Jahr 2022 veröffentlichten Studie des Migrationshistorikers Dr. Toni Ricciardi gab es in der Schweiz allein von 1949 bis 1975 fast 50'000 versteckte Kinder aus Italien¹. Rechnet man all jene Kinder dazu, die bei Verwandten, meistens bei den Grosseltern oder in Heimen in Italien geblieben sind, muss von einer halben Million betroffener Kinder ausgegangen werden. Zahlen zu Basel existieren aktuell nicht. Die erzwungenen Familientrennungen waren traumatisch und enorm schmerzhaft für alle involvierten Familienmitglieder. Die versteckten Kinder von Gastarbeiter:innen erlebten eine verneinte Kindheit, geprägt von einem Leben im Untergrund. Dies führte zu einem illegalen Aufenthalt, was für die Kinder bedeutete, dass sie nicht die Schule besuchen konnten. Auch im Kanton Basel-Stadt wurde das Recht auf Bildung dieser Kinder über Jahrzehnte hinweg verletzt. Unter der damaligen Schweizer Migrationspolitik litten die Kinder, die in Isolation, Angst und Unsicherheit leben mussten. Darunter litten auch die Eltern, und sie tun es bis heute.

Der Verein Tesoro, der von Betroffenen der damaligen Schweizer Migrationspolitik im Jahr 2021 gegründet worden ist mit dem Zweck, die Interessen der Familienmitglieder zu vertreten, die vom Schweizerischen Saisonierstatut (A) und Jahresaufenthaltsstatut (B) betroffen waren, spricht in diesem Kontext von einem historischen Trauma. Der Verein Tesoro setzt sich für eine historische Aufarbeitung schweizweit ein, die zu einem veränderten kollektiven Gedächtnis führt. Denn was den Betroffenen passiert ist, ist Teil der neueren Schweizer Geschichte. Der Verein fordert zudem eine Anerkennung des Leids und eine Entschuldigung der Schweizer Behörden. Es ist angezeigt und an der Zeit, dass auch die Politik selbstkritisch dieses Stück Schweizer Vergangenheit aufarbeitet.

Die Unterzeichnenden fordern, dass der Kanton Basel-Stadt ein Projekt zur Aufarbeitung der Trennung und Illegalisierung von migrantischen Familien mit Statut A und B, die in Basel wohnten, lanciert und Massnahmen trifft. Der Kanton Basel-Stadt würde damit eine schweizweite Vorreiterrolle einnehmen. Die Aufarbeitung des Saisonnierstatuts und seiner Auswirkungen auf die betroffenen Kinder und ihre Familien, die in Basel lebten, ist bisher unerforscht. Dies soll und kann geändert werden.² Eine kantonsspezifische Aufarbeitung ist auch deshalb besonders wichtig, weil die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft schweizweit zahlenmässig die grösste Arbeitsmigration in den 50er, 60er und 70er Jahre aus Südeuropa hatten. Aufgrund des hohen Anteils an migrierten Menschen aus Südeuropa, die von der damaligen Migrationspolitik betroffen waren und noch heute in Basel leben, gibt es viele Zeitzeug:innen, die für die Aufarbeitung dieses Teils der Geschichte von Bedeutung sind. Zudem gibt es Quellen in öffentlichen Archiven wie etwa dem Staatsarchiv Basel-Stadt und dem Schweizerischen Sozialarchiv, die für die historische Aufarbeitung wichtig sind. Es gilt, durch eine klare Haltung der Transparenz und Zugänglichkeit von Quellen und Wissen dazu beizutragen, dass die Forschung die erlittenen Menschenrechtsverletzungen und das Leid der südeuropäischen Saisonniers im Zusammenhang mit dem verhinderten Familiennachzug und den Tausenden von versteckten Kindern im Kanton Basel-Stadt aufarbeiten kann.

Darauf basierend soll das Projekt als Hauptmassnahme einen kantonalen Bericht in Auftrag geben. Dieser Bericht soll auch Empfehlungen an den Regierungsrat formulieren betreffend einer adäquaten öffentlichen Haltung und allfällige weiteren durch die öffentliche Hand zu treffenden Massnahmen.

Die Auseinandersetzung mit der eigenen lokalen Vergangenheit ist zentral für die migrierten Einwohner:innen Basels (die heute übrigens mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen) und für eine zeitgemässe historische und gesellschaftliche Positionierung der Stadt in einer globalisierten Welt.

Die Unterzeichnenden bitten daher den Regierungsrat:

1. ein Projekt „Historische Aufarbeitung der Trennung und Illegalisierung von südeuropäischen Familien mit Statut A und B im Kanton Basel-Stadt“ zu lancieren.
2. als zentrale Massnahme des Projektes eine Studie zur Aufarbeitung der Geschichte südeuropäischer migrantischen Familien mit Saisonnier- und Jahresaufenthaltsstatut in Basels in Auftrag zu geben.
3. im Anschluss Massnahmen im Bereich öffentliche Vermittlung zu ergreifen, die Aspekte des Berichts für die breite Öffentlichkeit verständlich und zugänglich aufbereiten und damit der Bevölkerung eine Auseinandersetzung mit der Geschichte illegalisierter migrantischen Familien mit Saisonnier- und Jahresaufenthaltsstatut in Basel ermöglichen.
4. Fachexpertise beizuziehen und dafür einen Projektbeirat mit Betroffenen und Zeitzeug:innen einzurichten, welcher den Kanton beim Projekt von der Definition des Auftrags für die extern zu vergebende kantonale Studie bis zur Umsetzung von allfälligen Empfehlungen und Vermittlungsmassnahmen berät.

¹ Toni Ricciardi ist Historiker an der Universität Genf. Er hat im Rahmen eines Projekts des Nationalen Forschungsprogramms «Fürsorge und Zwang» die Fälle von italienischen Gastarbeitern untersucht, die bis zu 90 Prozent der Saisonniers ausmachten.

² Derzeit führt das Institut für Geschichte der Universität Neuenburg ein vom Schweizerischen Nationalfonds finanziertes Projekt durch, das unter dem Titel «Une socio-histoire des gens qui migrent: Les 'enfants du placard' (1946-2002)» das Thema in der Schweiz behandelt. Die Studie wird im April 2024 finalisiert. Allerdings bildet in dieser Studie die Rolle des Kantons Basel-Stadt keinen Schwerpunkt.

Amina Trevisan, Christine Keller, Patrizia Bernasconi, Heidi Mück, Nicola Goepfert, Mahir Kabakci, Bülent Pekerman, Luca Urgese, Beda Baumgartner, Christoph Hochuli, Fina Girard, Nicole Amacher, Bruno Lötscher-Steiger»

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

1. Ausgangslage

Die Auseinandersetzung mit dem schweizerischen Saisonnierstatut gewinnt in der breiten Öffentlichkeit an Bedeutung. Vermehrt greifen Schweizer Medien- und Kulturinstitutionen das Thema auf

und rücken die Zeit der sogenannten «Gastarbeiterinnen und -arbeiter» in den 1960er und 1970er Jahren in den Mittelpunkt einer kritischen Betrachtung. In der öffentlichen Debatte werden die prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen, das menschliche Leid, das die Saisonnières und Saisonniers und ihre Kinder durch Familientrennungen erfuhren, sowie vielfältige Formen der sozialen und politischen Diskriminierungen hervorgehoben. Auf die gesellschaftliche Marginalisierung der Saisonnières und Saisonniers verweist bereits der Begriff der «Gastarbeiterin» beziehungsweise des «Gastarbeiters», der die damalige herrschende Auffassung zum Ausdruck bringt, dass es sich bei der starken Einwanderung in den Nachkriegsjahren um ein temporäres Phänomen handeln würde und die «Gastarbeiterinnen und -arbeiter» wieder in ihr Ursprungsland zurückkehren würden. Grundlegende soziale Rechte galten für sie nicht, eine gesellschaftliche Integration der temporären «Gastarbeiterinnen und -arbeiter» war nicht vorgesehen. Von verschiedener Seite wurde damals schon Kritik am Saisonnierstatut geübt, auch von den Betroffenen selbst. Dass die gesellschaftlichen Umstände und Folgen der saisonalen Arbeitsmigration heute erneut ins Bewusstsein geraten, geht auf Impulse und Initiativen aus der Zivilgesellschaft, aus Politik und Wissenschaft zurück.

Durch verschiedene parlamentarische Vorstösse erfuhr das Anliegen einer historischen Aufarbeitung und gesellschaftlichen Anerkennung der Saisonnières und Saisonniers weiter an Bedeutung. Am 22. Dezember 2023 reichte Irène Kälin im Nationalrat ein Postulat zur «Aufarbeitung des Saisonnierstatuts und seiner Auswirkungen auf die betroffenen Kinder und ihre Familien» ein. Auf kantonaler und kommunaler Ebene kamen im Jahr 2024 mehrere Vorstösse zustande: Am 19. Februar 2024 das Postulat von Dario Sulzer im Kantonsrat St. Gallen «Die verbotenen Kinder der Saisonniers – St. Galler Aufarbeitung eines düsteren Kapitels der Schweizer Migrationspolitik» und wenig später am 15. Mai 2024 der vorliegende Anzug von Amina Trevisan und Konsorten. Mit der Motion von Franziska Geiser und Seraphine Iseli folgte am 12. September 2024 ein weiterer Vorstoss im Stadtrat Bern zur «Aufarbeitung der Geschichte von versteckten Kindern von Saisonniers in der Stadt Bern».

2. Stellungnahme des Regierungsrates

Der Regierungsrat würdigt das grosse Engagement der bereits bestehenden Initiativen der Institutionen, der universitären Forschung und auch der privaten Trägerschaften in diesem Kontext. Erste Erkenntnisse aus der Prüfung des vorliegenden Anzugs weisen darauf hin, dass es in der Geschichte der Saisonarbeitenden, Jahresaufenthaltenden sowie Grenzgängerinnen und Grenzgänger baselstädtische Besonderheiten gibt, die vertieft werden sollten.

Der Regierungsrat möchte darauf hinweisen, dass die beständige Reflexion der Geschichtsschreibung nicht nur für die Aufarbeitung der Geschichte der Saisonnières und Saisonniers, Jahresaufenthaltenden sowie Grenzgängerinnen und Grenzgänger wichtig ist. Generell wächst das Bedürfnis, in Basel sich mit erinnerungskulturellen Themen auseinanderzusetzen, die Geschichtsvermittlung zu erweitern und zu schärfen und Zugänge zu weniger sichtbaren Themen der Basler Geschichte zu erleichtern. Das lässt sich auch anhand mehrerer weiterer politischer Vorstösse erkennen, die dem Regierungsrat vorliegen. Ein bedeutender Teil adressiert dabei die Vermittlung und Sichtbarmachung der Basler Geschichte im öffentlichen Raum. Dadurch sollen Zugänge geschaffen werden, welche eine öffentliche Auseinandersetzung mit dieser ermöglichen. Die Vorstösse fokussieren dabei auf einzelne historische Aspekte, die bisher wenig berücksichtigt wurden. Zu nennen sind hier der Anzug Philip Karger und Konsorten betreffend «Antisemitismusbekämpfung mittels Sichtbarkeit der Geschichte der Juden in Basel», der Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend «Herzl-Gedenktafel beim Stadtcasino» oder der Anzug Barbara Heer und Konsorten betreffend «öffentliche Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Basels». Mit der Motion Oliver Thommen und Tim Cuénod betreffend «ein Konzept für Geschichte und Erinnerungskultur im öffentlichen Raum» liegt auch ein Auftrag an die Regierung vor, ein umfassendes Konzept für Geschichte und Erinnerungskultur im öffentlichen Raum zu erstellen.

Am 4. Mai 2026 hat der Regierungsrat zudem das Kulturleitbild 2026–2031 verabschiedet. Das Kulturleitbild enthält unter anderem das neue Handlungsfeld «Erinnerungskulturen und gesellschaftlicher Zusammenhalt», in dessen Rahmen die Vermittlung von bisher weniger sichtbaren Teilen der Geschichte Basels mehr Augenmerk erhalten soll. Das im vorliegenden Anzug formulierte Anliegen liegt in diesem Fokus und soll in diesem Rahmen in eine Gesamtperspektive gestellt und bearbeitet werden.

Als eine zentrale Massnahme des neuen Kulturleitbilds plant der Regierungsrat die Auftragsvergabe für eine Studie zu weniger sichtbaren Themen der Basler Geschichte, die neben einer thematischen Konkretisierung des Handlungsbedarfs auch die Frage nach der Rolle des Staats in Bezug auf die Aufarbeitung und Vermittlung klären soll. Eine Strategie für Geschichte und Erinnerungskultur im öffentlichen Raum sollte auf der Studie fussen, in deren Rahmen geklärt wird, aufgrund welcher Kriterien und in welchen Zusammenhängen der Staat respektive der Kanton hier tätig werden und welche Anliegen aus der Zivilgesellschaft er fördern oder aufnehmen kann. Es ist sinnvoll, das Anliegen des vorliegenden Anzugs im Rahmen dieses übergeordneten Projekts weiter zu bearbeiten.

3. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Amina Trevisan und Konsorten betreffend «öffentliche Aufarbeitung der Geschichte illegalisierter migrantischen Familien mit Saisonier- und Jahresaufenthaltsstatut in Basel» stehen zu lassen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin